

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek

Engagementpolitik als langfristige, kooperative Gesellschaftspolitik:

Die Engagementstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat am 25. Januar 2016 seine Engagementstrategie vorgestellt. Erarbeitet wurde sie in einem partizipativen Prozess mit der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement hat sich maßgeblich an diesem Prozess beteiligt. In einem konstruktiven, kritischen Dialog auf Augenhöhe wurden gesellschaftliche Herausforderungen und Handlungsfelder identifiziert und wirkungsvolle Handlungsansätze beschrieben – immer getragen von dem Konsens, dass die Eigensinnigkeit des bürgerschaftlichen Engagements als sein zentrales Kennzeichen zu respektieren ist. Bereits in den vergangenen Monaten haben wir deutlich gemacht, dass die Engagementstrategie keine Hochglanzbroschüre voller wohlgemeinter Absichtserklärungen ist, sondern ein fortlaufender Prozess, der uns noch lange begleiten wird. So, wie die Erarbeitung nur gemeinsam mit der Zivilgesellschaft gelingen konnte, können wir die Ziele, die wir uns gesetzt haben, nur gemeinsam erreichen.

Die Erarbeitung der Engagementstrategie fiel in eine Zeit, in der besonders deutlich wurde, welche Bedeutung Engagementpolitik für große gesellschaftspolitische Herausforderungen hat. Als jeden Tag mehrere tausend geflüchtete Menschen in Deutschland ankamen und staatliche Stellen mit Überlastung kämpften, bewiesen Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Engagement, wie solche Herausforderungen gemeistert werden können. Mit ihrem Engagement gestalten diese Menschen Willkommenskultur und setzen der auflebenden Fremdenfeindlichkeit ihre Haltung entgegen: Menschlichkeit, Offenheit, Hilfsbereitschaft und die Bereitschaft, Mitverantwortung zu übernehmen. Bürgerschaftliches Engagement wird auch zukünftig bei der Integration eine wichtige Rolle spielen. Genauso klar ist aber auch, dass andere wichtige Themen der Engagementpolitik darüber nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Und wir müssen uns vor Augen halten, dass ein Grundsatz weiterhin gilt: Bürgerschaftliches Engagement kann nicht verordnet werden, es basiert auf der freiwilligen Initiative von Bürgerinnen und Bürgern. Niemals darf es als Ersatz staatlicher Leistungen missbraucht werden.

Das BMFSFJ hat von Beginn der Wahlperiode an die Engagementpolitik als Schwerpunkt akzentuiert. Neben Familie, Gleichstellung, Politik für ältere Menschen und Politik für Kinder

und Jugendliche ist Engagement die fünfte Säule des Hauses geworden. Mit der Engagementstrategie betonen wir die Leitlinien dieser Politik: die Schaffung nachhaltiger Rahmenbedingungen, mehr Nachhaltigkeit, Stärkung der Anerkennungskultur und Ausbau von Kooperationen zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Engagement braucht Planungssicherheit

Den Engagierten und ihren Trägern eine dauerhaftere Arbeit zu ermöglichen, zieht sich als Ziel durch die gesamte Engagementpolitik des BMFSFJ. Mehrgenerationenhäuser etwa halten vielfältige familienunterstützende und integrationsfördernde Angebote bereit, in die sich alle Menschen freiwillig und aktiv gestaltend einbringen können. Und das nun schon seit über 10 Jahren – mit Unterstützung des Bundes! Damit die Häuser weiter Planungssicherheit haben, startet am 1. Januar 2017 die dritte Programmphase. Dabei geht es um eine stärkere Verankerung der Häuser vor Ort. So sollen die Mehrgenerationenhäuser die Kommunen bei der Bewältigung des demografischen Wandels, der sozialen Daseinsvorsorge und Sicherstellung der sozialen Infrastruktur sowie bei kurzfristig anstehenden Aufgaben wie der Integration der Flüchtlinge unterstützen. Mit dem neuen Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus schafft der Bund Voraussetzungen für eine längerfristig angelegte Arbeit. Wir sorgen für Planungssicherheit.

Planungssicherheit war auch im Bereich des Engagements für Demokratie und Vielfalt von Beginn an das Ziel. Mit dem neuen Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ sind wir neue Wege gegangen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Projektlaufzeiten verlängert werden. Wir haben ein neues Fördermodell der Strukturentwicklung zu bundeszentralen Trägern eingeführt. Wir haben die Kofinanzierungsquote deutlich abgesenkt, damit die Projektträger ihrer eigentlichen Aufgabe nachkommen können und nicht die Hälfte der Fördermittel für Verwaltungsausgaben aufwenden müssen. Und wir konnten die Haushaltsmittel für diese wichtige Arbeit, auch dank der Unterstützung aus dem Bundestag, deutlich erhöhen. Projektitis, also die kurzatmige Orientierung der Arbeit an der jeweiligen Projektmode, verbunden mit der ständigen Angst, mit Auslaufen der Finanzierung Kontinuität und Wissen (und, ganz persönlich für die Hauptamtlichen, Arbeitsplatz und Lebensplanung) zu verlieren, konnte damit schon eingedämmt werden. Langfristige Planungssicherheit können wir aber nur mit einer gesetzlich festgeschriebenen Förderung erreichen. Darum wollen wir noch in dieser Wahlperiode ein Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen.

Engagementförderung braucht Kooperation

Als Bundesengagementministerium betreiben wir eine dialogorientierte, auf den Erhalt und den Ausbau von Vertrauen, kurz: auf qualitätvolle Zusammenarbeit gerichtete Programm- und Prozesspolitik. Unsere wichtigsten Politikmaßnahmen wie das trisektorale Gemeinschaftsprojekt der „Engagierten Stadt“, der Umbau des Deutschen Engagementpreises zu einem „Preis der Preise“, aber auch die Stärkung des BBE-Netzwerkes oder die Reaktivierung des WIE-Netzwerkes mit der Wirtschaft sind von diesem Geist getragen. Wie sektorenüber-

greifende Zusammenarbeit funktionieren kann, zeigt das 2015 gestartete Netzwerkprogramm „Engagierte Stadt“: Gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung, der BMW Stiftung Herbert Quandt, der Herbert Quandt-Stiftung, der Körber-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung sowie dem Generali Zukunftsfonds haben wir für zunächst drei Jahre insgesamt drei Millionen Euro für die Förderung lokaler Weiterentwicklungsprozesse für Engagement zur Verfügung gestellt. Ziel des Programms ist die Stärkung der strategischen Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in den Kommunen. In diesem Programm praktizieren wir auf der Ebene der Fördermittelgeber, was wir auch für die ausgewählten „Engagierten Städte“ vor Ort anregen: Zusammenarbeit über die Sektorengrenzen hinweg. Wegen des großen Erfolges ist die Verlängerung des Programms um mindestens zwei weitere Jahre geplant. Zur Unterstützung des Engagements von Unternehmen und des Ausbaus trisektoraler Kooperationen fördern wir zudem das UPJ-Projekt „Servicestelle Corporate Citizenship“: Mit Hilfe von Instrumenten wie HelpDesk, Workshops oder Informationsmaterialien sollen neue Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Unternehmen und öffentlicher Verwaltung – auch zur Integration geflüchteter Menschen – angestoßen und fortentwickelt werden.

Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Staat als kooperierende, sich ergänzende Partner in der Engagementförderung – das konnten sich viele lange nicht vorstellen. Immer noch stoßen in der Praxis unterschiedliche Welten zusammen. Gerade das aber lohnt sich; denn unterschiedliche Arbeitsweisen, Ressourcen und Ideen, klug verbunden, ermöglichen Innovation und verstärken Wirkung. Diese Zusammenarbeit auszubauen und von der Unterschiedlichkeit zu profitieren, ist eine große Chance für heutige und zukünftige Engagementpolitik.

Engagement verdient Wertschätzung

Mehr als 30 Millionen Freiwillige engagieren sich in Deutschland, so die Zahl des aktuellen Freiwilligensurvey. Wie unsere Gesellschaft ohne dieses Engagement aussähe, will man sich nicht ausmalen. Wer sich freiwillig engagiert, will keine Bezahlung. Die Engagierten wollen aber, dass ihr Einsatz gesehen und gewürdigt wird. Das BBE tut dies mit seiner jährlichen Woche des Bürgerschaftlichen Engagements auf beeindruckende Weise. Unter dem Motto „Engagement macht stark!“ beteiligen sich bundesweit Initiativen, Vereine, Verbände, staatliche Institutionen und Unternehmen an dieser nationalen Freiwilligenoffensive. Ich freue mich sehr, dass die Aktionswoche 2016 rund 7.000 Aktionen und Veranstaltungen umfasste. Die Woche ist bekannt, sie wird genutzt und auch als Form der Anerkennung angenommen.

Auch mit der Neuausrichtung des Deutschen Engagementpreises (DEP) sind wir mit unseren Förderpartnern, dem Bündnis für Gemeinnützigkeit, Generali und seit 2015 auch der Deutschen Fernsehlotterie, einen großen Schritt weiter gegangen. Als „Preis der Preise“ setzt der DEP jetzt allen für ihn nominierten Preisträgern anderer Engagementpreise nochmals „eine Krone auf“. Das ist ein deutliches Signal der Wertschätzung nicht allein an die Engagierten, die ausgezeichnet werden, sondern auch an diejenigen, die verschiedene Preise für Engagement in unterschiedlicher Form ausrichten.

Engagement hilft integrieren

Was sich bei der Aufnahme geflüchteter Menschen so beeindruckend gezeigt hat, bleibt auch in längerfristigen Prozessen von Integration und Teilhabe gültig. Neben staatlichen Integrationsmaßnahmen braucht es vor allem persönliche Begegnungen zwischen Menschen. Mit dem Programm „Menschen stärken Menschen“ unterstützen wir bürgerschaftliches Engagement als wesentlichen Baustein für eine gelingende Integration geflüchteter Menschen. Uns liegt daran, spontane Hilfsbereitschaft in dauerhaftes bürgerschaftliches Engagement zu überführen und so zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts beizutragen. Das Programm unterstützt die Übernahme von Patenschaften, und für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge fördern wir zudem die Übernahme einer Vormundschaft bzw. ein Engagement als Gastfamilie. Im Patenschaftsprogramm arbeiten wir mit 19 Programmträgern zusammen, u.a. den freien Wohlfahrtsverbänden, Migrantenorganisationen und weiteren Akteuren der Zivilgesellschaft, die über das BBE vernetzt werden. Die Patenschaften reichen von niedrigschwelliger Alltagsbegleitung über Hausaufgabenbetreuung bis hin zu Bildungsmentorschaften zur Sicherung von Schulabschlüssen. In fünf Monaten konnten wir bereits über 13.000 Patenschaften fördern.

Ein großer Schritt in Richtung Teilhabe und Integration besteht darin, dass sich geflüchtete Menschen selbst engagieren. Im neu geschaffenen „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“ (BFD) können Flüchtlinge den Schritt vom Ankommen zum Mitmachen gehen. Unter den rund 4.500 Freiwilligen im BFD mit Flüchtlingsbezug sind 1.400 Geflüchtete (Stand 01.09.2016), die den BFD als Chance nutzen, sich einzubringen, anderen zu helfen und dabei selbst ihre neue Umgebung besser kennen zu lernen. Auch für die Jugendfreiwilligendienste, das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ), haben wir einzelne Vorgaben in den Richtlinien bis zum 31.12.2018 flexibilisiert, um den Einsatz von und für geflüchtete Menschen zu erleichtern.

Engagement in Freiwilligendiensten weiterentwickeln

Die sehr hohe Zufriedenheit der Menschen, die sich in einem Freiwilligendienst engagieren, wurde durch die aktuelle, langjährige Evaluation der Freiwilligendienste nochmals belegt. Großen Anteil daran haben die Einsatzstellen, die Träger und die Zentralstellen. Neben einer erfüllenden und gut begleiteten Tätigkeit sind auch hier Wertschätzung und Anerkennung von hoher Bedeutung. Mehr als 57.000 Freiwillige im FSJ und FÖJ und eine fast dreimal so hohe Zahl an Bewerbungen bei den Einsatzplätzen sind ein beredtes Zeugnis der hohen Attraktivität. Auch im Bundesfreiwilligendienst, der am 1. Juli 2016 seinen fünften Geburtstag feiern konnte, ist die Nachfrage unverändert hoch: Aktuell sind rund 39.000 Freiwillige im Dienst. Davon sind 14.500 Freiwillige älter als 27 Jahre und 6.500 Freiwillige älter als 50 Jahre (Stand: August 2016). Wir knüpfen an diesen Erfolg an und entwickeln Bewährtes weiter: Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, haben wir ein „FSJ-Digital“ als Pilotprojekt mit dem DRK in Sachsen-Anhalt und mit dem Kulturbüro Rheinland-Pfalz gestartet. Nach Beendigung der Pilotphase sollen die entwickelten Module allen Trägern zur Verfügung gestellt werden, so

dass das FSJ Digital eine Bereicherung des bestehenden Formates werden kann. Eine weitere Innovation in den Freiwilligendiensten: Um Inklusion voranzubringen, erproben wir mit der Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen ein neues Format „FSJ-Tandem“: Junge Freiwillige mit und ohne Behinderung führen in Tandems ein FSJ durch. Für die Zukunft gilt es, die hohe Bereitschaft für ein Engagement in den Freiwilligendiensten zu erhalten, auch Menschen aus gesellschaftlichen Gruppen anzusprechen, die in den Freiwilligendiensten bisher unterrepräsentiert sind, und die Anerkennungskultur für diese gesellschaftlich wichtigen Dienste weiter zu verbessern.

Engagementforschung als Grundlage

Eine nachhaltige Förderung bürgerschaftlichen Engagements braucht eine solide wissenschaftliche Grundlage: Wer engagiert sich und warum, welche Rahmenbedingungen sind förderlich, welche Hindernisse gibt es? Der vierte Freiwilligensurvey hat dazu wieder wichtige Erkenntnisse gebracht. Noch in dieser Wahlperiode erwarten wir den Zweiten Engagementbericht, der den Schwerpunkt „Demographischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung“ hat. Er zeigt auf, wie bürgerschaftliches Engagement zur Bewältigung einer weiteren gesellschaftlichen Herausforderung, nämlich des demografischen Wandels, beitragen und wie dieses Engagement vor Ort gestärkt werden kann. Der Bericht bietet Empfehlungen für gesellschaftspolitisches Handeln für Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Auch zukünftig müssen wir die Kontinuität der Engagementforschung und -berichterstattung sicherstellen und ihre Instrumente aufeinander abstimmen. Und noch etwas: Wer etwas bewirken will, muss sich auch mit der Frage befassen, ob es funktioniert. Große Engagementprogramme wie die „Engagierte Stadt“ oder „Menschen stärken Menschen“ werden ganz selbstverständlich von Wirkungsanalysen begleitet.

Fazit:

Engagementpolitik ist Gesellschaftspolitik in einem umfassenden Sinne. Sie umfasst alle Bereiche der Gesellschaft, und sie ist für die Gesellschaft als Ganzes wichtig, weil sie ihren Zusammenhalt stärkt. Die Integration zugewanderter und geflüchteter Menschen, demokratiefeindliche Strömungen, der demografische Wandel, die Digitalisierung – an Herausforderungen für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft mangelt es nicht. Jede dieser Herausforderungen ist auch eine Herausforderung für das bürgerschaftliche Engagement; gleichzeitig leistet bürgerschaftliches Engagement wichtige, bisweilen unverzichtbare Beiträge, damit wir diese Herausforderungen als Gesellschaft bestehen. Gesellschaft, Politik und Staat sind auf Engagement und damit auf die Träger des Engagements, die Organisationen der Zivilgesellschaft, angewiesen. Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe bedarf einer Vertrauensbasis auf beiden Seiten. Diese haben wir uns gemeinsam erarbeitet, und wir wissen sie zu schätzen. Das BBE hat sich dabei immer als kritischer, konstruktiver Begleiter erwiesen. In vielen Bereichen, nicht erst bei der Erarbeitung der Engagementstrategie des

BMFSFJ, arbeiten wir mit gutem Erfolg zusammen. Dass dies so bleibt, wünsche ich mir für die Zukunft.

Autor

Dr. Ralf Kleindiek ist seit dem 8. Januar 2014 beamteter Staatssekretär im Bundesfamilienministerium. Bis 2014 war der gelernte Jurist als Staatsrat der Behörde für Justiz und Gleichstellung Hamburg tätig, bis 2011 in unterschiedlichen Bundesressorts, unter anderem als Leiter des Büros der damaligen Bundesjustizministerin Brigitte Zypries sowie in der Stabsstelle "Moderner Staat - Moderne Verwaltung" im Bundesinnenministerium.

Kontakt: st@bmfsfj.bund.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de